



PRESSEMITTEILUNG

Freiburg, 23. November 2006

Was sucht die Europäische Union im Libanon und im Kongo? Von Wogau spricht in Lörrach über die Europäischen Friedenseinsätze

Derzeit befinden sich über 8000 Soldaten unter Führung der Europäischen Union im Einsatz, davon ca. 6500 in Bosnien-Herzegowina und ca. 2000 in der Demokratischen Republik Kongo. Die Europäische Union baut ihre Fähigkeiten sowohl beim zivilen als auch beim militärischen Krisenmanagement weiter aus.

Auf Einladung des Frauenrings Lörrach sprach Karl von Wogau (CDU), Europaabgeordneter aus Freiburg und Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament, über die Frage: Was sucht die Europäische Union im Libanon und im Kongo?

Von Wogau rief zu Beginn seines Vortrags die Erfahrungen aus den Jugoslawienkriegen Anfang der 90er Jahre in Erinnerung:

"Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Hoffnung, dass nun eine Epoche ewigen Friedens anbreche, leider nicht erfüllt.

Nach 1989/1990 führte der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens zunächst zu zahlreichen neuen Kriegen und Bürgerkriegen.

1995 kam es zum Massaker von Srebrenica. Bosnische Serben unter Führung des Generals Ratko Mladić ermordeten alle männlichen Personen, derer sie habhaft werden konnten. Dies nicht verhindert zu haben, ist eine Schande mit der Europa heute leben muss.

Wir haben damals erkennen müssen, dass es Situationen gibt, in denen man nur noch militärisch, mit Hilfe von Streitkräften eingreifen kann, um schlimmstes Unrecht zu verhindern. Wir haben damals auch erkennen müssen, dass Frieden und Stabilität in Europa keine Selbstverständlichkeiten sind."

Von Wogau verwies darauf, dass es gerade die Erfahrung aus den Jugoslawienkriegen war, die ab 1999 zum Aufbau eigener europäischer Fähigkeiten zum Krisenmanagement geführt haben.

"Erfreulicherweise hat die Zahl der bewaffneten Konflikte seit 1992 wieder stark abgenommen. Dennoch gibt es noch immer zahlreiche Kriege, Bürgerkriege, sonstige bewaffnete Konflikte und Gewaltregime auf der Welt.

Situationen wie 1995 in Srebrenica können wieder eintreten. Mit unseren europäischen Werten und mit unserem christlichen Menschenbild ist es nicht vereinbar, in solchen Situationen wegzuschauen.

Andererseits erfordert es auch die Wahrung unserer europäischen Interessen, dass wir die Fähigkeit besitzen, bei Bedarf auch mit Streitkräften einzugreifen, wenn andere Mittel versagen und dies erforderlich ist."

In einer sich globalisierenden und immer kleiner werdenden Welt sähe sich Europa zunehmend gemeinsamen Risiken und gemeinsamen Chancen gegenüber, so von Wogau. Die Risiken reichten von internationalem Terrorismus über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis hin zu regionalen Konflikten in unserer geographischen Nachbarschaft.

Europa verfolge bei der Bewältigung dieser Herausforderungen einen breiten Ansatz, der auf eine enge Koordination zwischen verschiedenen Instrumenten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des politischen Dialogs, der Unterstützung beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen bis hin zu Krisenmanagement reiche. Zivile Instrumente hätten stets Vorrang.

"Wenn in einer konkreten Situation ein Eingreifen mit Hilfe von Streitkräften unvermeidbar ist, etwa um einen bewaffneten Konflikt zu beenden oder eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, so liegt es doch auf der Hand, dass wir hier als Europäer gemeinsam Verantwortung für unsere gemeinsamen Aufgaben und Interessen übernehmen."

Beim militärischen Engagement der Europäischen Union im Kongo sei der Nutzen eines solchen gemeinsamen europäischen Handelns erkennbar:

"Wenn es uns im Kongo gelingt, Frieden und Stabilität während der Wahlen zu sichern, so ist dies ein wichtiger Beitrag zu einer langfristigen Stabilisierung des Landes. Diese langfristige Stabilisierung und Demokratisierung kann dann nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden, sondern nur durch zivile Zusammenarbeit und Aufbauhilfe. Aber manchmal erfordert zivile Aufbauhilfe übergangsweise eine militärische Absicherung. Wenn es uns langfristig gelingt, Demokratie und Stabilität im Kongo zu sichern, so wird dies positive Auswirkungen auf ganz Zentralafrika haben und auch die Flüchtlingsströme nach Europa verringern."

Im Libanon sei die Europäische Union hingegen militärisch nicht involviert:

"Hier haben sich die beteiligten Staaten dazu entschlossen, auf eine europäische Führung des Einsatzes zu verzichten. Es handelt sich daher um nationale Beiträge zu einem Einsatz der Vereinten Nationen."

Ich halte es für bedauerlich, dass die Europäer hier nicht gemeinsam auftreten. Gerade bei komplexen Problemen wie der Nahostkrise haben wir dann am ehesten eine Chance, etwas zu erreichen, wenn wir Europäer mit einer gemeinsamen Stimme sprechen."

Grundlage der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie.

Das Europäische Parlament hat vergangene Woche mit großer Mehrheit (414 zu 117 Stimmen) einen von Karl von Wogau vorbereiteten Bericht zur Weiterentwicklung dieser Europäischen Sicherheitsstrategie angenommen.

Darin fordert das Europäische Parlament die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer auch in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsunion, die über einen Europäischen Außenminister, einen gemeinsamen diplomatischen Dienst und über integrierte europäische Streitkräfte verfügt.

Für weitere Informationen:

Dr. Karl von Wogau, MdEP, Tel.: 0761-2180841